

Frankfurter Rundschau

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG

Mittwoch, 18. Februar 2015 | 71. Jahrgang | Nr. 41 | D | D 2972

S. 10: Meinung

Frankfurter Rundschau | Mittwoch, 18. Februar 2015 | 71. Jahrgang | Nr. 41

GASTBEITRAG

Die richtige Lehre aus 1914

Im Gedenkjahr 2014 ist der Beginn des Ersten Weltkriegs breit diskutiert worden. Dabei spielte – nicht zuletzt wegen der Ukraine-Krise – die Frage eine große Rolle, ob man aus der Erfahrung des Krieges von 1914 bis 1918 etwas für unsere Gegenwart und Zukunft lernen könne.

Aus der Sicht des Historikers ist es sinnvoll, diese Frage nicht in der Form allgemeiner Erwägungen anzugehen, weil dies oft zu ziemlich inhaltsleeren Antworten führt. Stattdessen sind wir angehalten, historisch und konkret nachzuforschen, welche Lehren die Menschen tatsächlich aus diesem Weltkrieg gezogen haben. Dabei zeigt es sich dann rasch, dass ganz unterschiedliche Schlussfolgerungen aus den Gewalterfahrungen gezogen wurden.

Die Ähnlichkeiten und Unterschiede der Lage in Deutschland zwischen 1914 und 2014 lassen sich in erster Linie an strukturellen Veränderungen ablesen.

In der deutschen Gesellschaft von 1914 war der Offizier die Leitfigur. Die Offiziere verstanden sich als die eigentlichen Träger des Machtstaates. Heute haben wir eine Zivilgesellschaft, in welcher der Offizier keine herausgehobene Rolle mehr spielt. Damals hatten die führenden Militärs unmittelbaren Zugang zum Entscheidungsträger über Krieg und Frieden, dem Kaiser, und übten erheblichen Einfluss auf die Politik aus. Heute wird das Militär von Regierung und Parlament kontrolliert.

Seit 1914 hat der Ausbau des Völkerrechts beträchtliche Fortschritte gemacht. Nach der Charta der Vereinten Nationen von 1945 gilt als völkerrechtskonform nur noch die Selbstverteidigung und eine UN-mandatierte Gewaltausübung.

1914 gab es in der politischen und militärischen Führung, aber auch in den traditionellen Eliten insgesamt einen ausgeprägten Willen zum Krieg und keinerlei Verständnis für pazifistische Bestrebungen. Seit 1945 dominiert auch bei den Politikern Deutschlands ein Denken in den Kategorien der Kriegsverhütung. Diese Orientierung wird seit zwei Jahrzehnten tendenziell aufgeweicht durch eine neuerliche Militarisation der Außenpolitik – nicht nur zur Wahrnehmung einer „Schutzverantwortung“ bei Genoziden und Menschenrechtsverstößen, sondern

Wenigstens im Konflikt um die Ukraine setzt unsere Regierung – wie die Bevölkerungsmehrheit – klar auf Deeskalation.

Von Wolfram Wette



auch zur Rohstoffsicherung, also zur Durchsetzung wirtschaftlicher Interessen –, weshalb man durchaus von Ansätzen zu einem Neoimperialismus sprechen kann.

1914 spielte das Wettrüsten der Großmächte eine kriegstreiberische Rolle, weil die Entscheidungsträger den Zeitpunkt zur Auslösung des Krieges von der eigenen, temporären Rüstungsüberlegenheit abhängig machten. Nach dem Ende des Kalten Krieges gibt es zwar kein Wettrüsten zwischen großen Blöcken mehr. Aber die Industrienationen, vorne dabei Deutschland, pumpen die Welt voll mit Waffen aller Art. Als ob wir nicht schon lange wüssten, dass Rüstungsexporte die Welt nur unsicherer machen und dass sie das Gegenteil von präventiver Kriegsverhütung sind!

1914 gehörte der Nationalismus zu den strukturellen Kriegsursachen. Nationalistisches Denken war von sozialdarwinistischen Lehren geprägt: Jeder wollte der Stärkste und Beste sein im angeblich ewigen Kampf der Nationen ums Dasein. Die Deutschen wollten sich einen „Platz an der Sonne“ und eine Weltmachtposition erobern. Der Nationalismus war eine notwendige Voraussetzung für die Mobilmachung ganzer Völker für den Krieg.

1914 gab es noch kaum eine Vorstellung von Europa. Man dachte in den Kategorien konkurrierender Nationalstaaten, die den Krieg als legitimes Mittel ihrer Machtpolitik betrachteten. Heute ist

Europa immerhin eine „Friedensmacht“ im Innenverhältnis der EU-Mitgliedstaaten, wengleich nicht auch schon im Außenverhältnis. Dort beobachten wir eine neuerliche Militarisation der Außenpolitik.

1914 waren die Menschen in Deutschland durch eine jahrzehntelange militaristische Erziehung gegangen, zu der auch die Indoktrinierung mit fatalistischen Kriegsideologien gehörte (Krieg als Schicksal, als „Vater aller Dinge“, als „Naturnotwendigkeit“, gar als „Gottesgericht“ und als ein Reinigungswerk). Heute, nach der Erfahrung des Zweiten Weltkrieges, ist die große Mehrheit friedlich gesinnt. Das belegen Massendemonstrationen gegen den Krieg und viele Meinungsumfragen. Die Politik musste bislang auf diese Haltung der Menschen Rücksicht nehmen. Aber es gibt einen beängstigenden bellizistischen Diskurs in den Meinungseliten.

Das deutsche Grundgesetz von 1949, das mit seinem Friedensgebot die Lehren aus der Geschichte des vielfach gescheiterten ersten deutschen Nationalstaats zog, wird seit 1990 seitens der Politik immer wieder unterlaufen und damit ausgehöhlt. Dabei bietet die pazifistische Haltung der Bevölkerung den Regierenden die einmalige Chance, sich international durch eine kompetente nicht-militärische Bearbeitung von Konflikten hervorzutun und diese Politik als ihre Lehre aus der Geschichte des 20. Jahrhunderts zu präsentieren.

Genau das geschieht im gefährlichsten unter den aktuellen Konflikten, dem Bürgerkrieg in der Ukraine. Bundeskanzlerin Angela Merkel und Außenminister Frank-Walter Steinmeier verwerfen die Idee, der Konflikt könne militärisch „gelöst“ werden. Sie setzen alles daran, Waffenlieferungen zu verhindern, da diese den Konflikt nur weiter anheizen würden. Gleichzeitig drängen sie beständig und nachhaltig auf eine Deeskalation. Von bellizistischen Kritikern dieses Kurses, die es diesseits und jenseits des Atlantiks gibt, lassen sie sich bislang nicht irritieren. Mit dieser Politik werden sie derzeit den Erwartungen gerecht, welche die große Mehrheit der deutschen Bevölkerung in sie setzt.

Wolfram Wette ist Professor am Historischen Seminar der Uni Freiburg.